

4. Krippen stärken statt schwächen

Postulat Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) und Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) vom 12. September 2016
KR-Nr. 282/2016, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Dieter Kläy: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Sylvie Matter, Zürich, hat an der Sitzung vom 30. Januar 2017 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat heute zu entscheiden.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil): Krippen sind heute nicht mehr wegzudenken. Sie haben einen wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellenwert. Es ist darum wichtig, dass sie gute Rahmenbedingungen für ihr Wirken haben. Gute Rahmenbedingungen heisst: Es ist so wenig zu regeln wie nötig und sie sollen so viele Freiheiten haben wie möglich. Krippen ermöglichen es vielen Vätern und Müttern überhaupt erst, berufstätig sein zu können. Auch die Wirtschaft hat ein grosses Interesse an guten Krippen. Krippen sind zudem wichtige Horte für Kinder, die es zu Hause schwer haben. Oft wird ein Krippenplatz empfohlen, damit das Kind wenigstens für eine gewisse Zeit eine liebevolle und fördernde Umgebung erleben darf. Und auch fremdsprachige Kinder profitieren enorm, um unsere Sprache zu lernen. Das war gerade letzte Woche im Tagi (*Tages-Anzeiger*) zu lesen. Eine Kita (*Kindertagesstätte*) kann je nach Situation einen Hort der Sicherheit bieten.

Meines Erachtens wird beim regierungsrätlichen Vorschlag das Weltbild vertreten, dass die Zeit in der Kita für jedes Kind eine Belastung darstellt. Der umgekehrte Fall kann jedoch auch Realität sein. Beim regierungsrätlichen Vorschlag, da beziehe ich mich auf den Neuerlass der Verordnung für Krippen. Da gab es eine Vernehmlassung, diese ist im Juni 2019 abgelaufen. Bei den Krippen muss das Wohl der Kinder und deren Förderung immer das Ziel sein. Die Regierung war bereit, unser Anliegen zu prüfen. Die SP ist dagegen; man kann sich doch immer wieder wundern. Starke Krippen sollten für die SP doch auch wünschenswert sein. Das Postulat fordert einzig, dass man anschaut, welche Vorschriften gelockert werden können, damit die Kosten für die Krippen sinken und sie mehr unternehmerische Freiheit haben – nicht mehr und nicht weniger. Das Postulat fordert keinen Qualitätsabbau.

Bezüglich des Neuerlasses der Krippenverordnung, die in die Wege geleitet wurde, bin ich über die Dichte der Regelungen doch sehr enttäuscht. Es wurde eine grosse Chance verpasst, das Regelwerk zu entschlacken. Die bisherigen Richtlinien wurden meiner Meinung nach verschlimmbessert.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch hohe Kosten bei den Krippen erschwert. Die hohen Kosten werden massgeblich durch übertriebene Vorschriften ausgelöst. Ich gebe Ihnen gerne ein paar Beispiele: In der neuen Verordnung ist vorgesehen, dass es ab 60 Betriebsstunden pro Woche eine Heimbewilligung

und nicht nur eine Krippenbewilligung braucht. 60 Stunden heisst eine Nullacht-fünfzehn-Krippe, Montag bis Freitag von zum Beispiel 7 Uhr bis 19 Uhr offen. Und wenn es jetzt Krippen gibt, die abends länger oder am Samstag oder Sonntag offen haben möchten, damit Eltern, die unregelmässig arbeiten, die zum Beispiel in Spitälern arbeiten, immer auf eine verlässliche Betreuung zählen können? Ja, dann brauchen sie eine Heimbewilligung. Kann das wirklich das Ziel sein? Oder als Standard wird eine Gruppengrösse von zwölf Plätzen definiert. Aber weshalb muss man eine Gruppengrösse definieren? Das macht überhaupt keinen Sinn. Es reicht, einen Betreuungsschlüssel festzulegen, wie viele Kinder eine Betreuungsperson beaufsichtigen darf. Die Schweiz und auch der Kanton setzen auf sechs Kinder pro Person, Deutschland und Schweden sind bei acht bis neun Kindern. Und es sagt ja niemand, dass sie dort schlechte Krippen haben.

Ein weiterer Punkt: Es gibt Notfallplatzierungen oder die Platzierung eines Geschwisters in der Kita. Das kann dem Kindeswohl förderlich sein. Und dann fragt sich, ob der Betreuungsschlüssel dann wirklich so sakrosankt sein muss. Wenn es eine Notfallplatzierung ist: Ist es da nicht möglich, einmal vorübergehend – es ist ja befristet – den Betreuungsschlüssel oder die Gruppengrösse um ein Kind heraufzusetzen, wenn es dem Kindeswohl dient? Hier sollten wir nicht so starre Regelungen haben.

Ich verzichte auf weitere Beispiele, aber es gibt leider deren genug. Die Stadt Zürich ist da noch ein Spezialfall: Sie schafft es, zusätzlich zu den hohen Auflagen der Lebensmittelkontrolle weitere Anforderungen an die Küchenhygiene in Kita zu stellen. Das treibt die Kosten nochmals in die Höhe. Ich habe noch nie gehört, dass die Kinder in den Krippen der Agglomeration oder auf dem Land mehr Lebensmittelvergiftungen hätten als die in der Stadt Zürich. Solchem Übereifer einzelner Gemeinden muss Einhalt geboten werden.

Die SP wird nachher in ihren Voten gemäss Aussagen in den Regionalzeitungen ausführen, dass das Postulat darauf abziele, auf dem Buckel der Kinderbetreuer zu sparen. Was unser Postulat damit zu tun hat, ist mir ein Rätsel. Der Zusammenhang ist konstruiert. Wenn, dann ist es nämlich umgekehrt: Die Krippen haben durch die Regulierung so einen Kostendruck, dass sie gezwungen sind, auf die Löhne zu drücken oder Praktikanten anzustellen und dass auch der Praktikantenstatus zum Teil durch sehr lange Praktika, die die Krippen wollen, missbraucht wird. Die SP behauptet auch, dass mit dem Postulat eine Zweiklassengesellschaft bei den Krippen herangezüchtet werde. Auch hier: Der Zusammenhang ist nicht gegeben. Wenn, dann haben wir jetzt eine Zweiklassengesellschaft, nämlich von Leuten, die sich einen Platz leisten können, und solchen, die ihn sich nicht leisten können. Ein Platz kostet heute im Minimum 125 Franken pro Tag. Da muss man ja schon sehr viel verdienen, um noch einen finanziellen Gewinn zu haben, wenn man arbeitet. Für die unteren und mittleren Löhne ist das schlicht nicht möglich. Ist das im Sinn der SP? Die SP muss doch auch ein Interesse daran haben, dass man die Kinder gut betreut weiss. Was nämlich jetzt passiert, ist Folgendes: Die Kinder werden zu Hause alleine gelassen, wenn beide Eltern arbeiten müssen. Um

hier gleich ein Ziel vorzugeben: Ein gutes Ziel wäre es, die Kosten auf 100 Franken pro Tag statt 125 Franken bringen zu können. Krippen sind heute eine Luxuslösung für die Gutverdienenden, und das darf es nicht sein.

Noch ein letzter Punkt und dann schliesse ich: Es gibt derart viele Vorschriften, dass man als Gemeinde keine Kapazität hat, selber zu prüfen, ob sie eingehalten werden. Man muss eine externe Firma beauftragen, die alles prüft. Die Kosten werden dann den Krippen weiterverrechnet, und sie belaufen sich auf plus/minus 2000 Franken pro Bewilligungs- und Erneuerungsgesuch, das ist sehr viel für eine Krippe. Hier auch ein Ziel: Es soll für eine Gemeinde möglich sein, die Prüfung selber vornehmen zu können. Darauf könnte sich der Vorschriftenkatalog ausrichten.

Ich spreche jetzt aus meinem Herzen: Bitte lassen Sie uns zusammen die Vorschriften prüfen und schauen, welche es für eine liebevolle und gute Betreuungsqualität der Kinder braucht und welche überflüssig sind. Das Postulat will nichts weiter als das. Danke.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Die SP lehnt – Sie haben es von meiner Vorrednerin gehört – dieses Postulat mit dem irreführenden Titel ab, weil es eine Zweiklassengesellschaft massiv verstärkt und den Krippen schadet. Lassen Sie mich diesen Gedankengang erklären:

Die Postulanten wollen gemäss ihren Begründungen die Anforderungen für Krippen senken, weniger Personal, weniger Räume, weniger Qualifikationen. Doch wenn eine Krippe sich für eines der Qualitätslabel wie Qualikita zertifizieren lassen möchte, müsste sie die bisherigen Kriterien beibehalten, denn mit weniger qualifiziertem Personal und weniger Platz gibt es so ein Label nicht, zu Recht. Jetzt könnte man behaupten, im Kanton Zürich gebe es genug Krippenplätze, gebe es so etwas wie Wettbewerb. Und man würde, das Hohelied der Wettbewerbsgläubigkeit singend, annehmen, die Krippen würden die Anforderungen trotz dieses Postulates nicht absenken. Denn eine Krippe ohne Label würde von den Eltern nicht berücksichtigt, hätte also auch keine Kunden. Falsch.

Erstens hat es bei weitem nicht im ganzen Kanton genug Plätze, es spielt kein Wettbewerb. Die Eltern können oftmals nicht auswählen, in welche Krippe sie ihr Kind schicken möchten. Die Krippenleitungen könnten das Personal reduzieren, die Gruppengrössen erhöhen und hätten auch ohne Qualitätslabel eine volle Krippe, weil die Eltern darauf angewiesen sind.

Zweitens: Es ist klar, dass schon bald nach der Annahme dieses Postulates der Ruf kommen wird, subventionierte Plätze nur noch in Krippen zu finanzieren, deren Angebot nicht über die Minimalanforderungen hinausgeht. Krippen mit Qualitätslabel gibt es dann nur noch für Kinder von wohlhabenden Eltern. Das ist eine Zweiklassengesellschaft par excellence. Doch nicht nur die Kinder derjenigen Eltern, die sich dann eine Krippe mit genügend ausgebildetem Personal und Platz nicht mehr leisten können, würden unter diesem Postulat leiden, sondern auch für die Angestellten ist es verheerend. Schon heute beklagen die Fachpersonen aus der familienergänzenden Kinderbetreuung die mangelnde Wertschätzung für ihre Arbeit, zu wenig Personal und zu tiefe Löhne. Wir müssen uns immer

wieder vor Augen führen: Diejenigen Personen, die auf unsere Kinder aufpassen, das Wertvollste, was eine Gesellschaft hat, werden um ein Vielfaches schlechter bezahlt als diejenigen, die auf unser Geld aufpassen. Die Postulanten wollen die Arbeitsbedingungen jetzt noch verschlechtern: Grössere Gruppen, weniger Qualifizierte, weniger Räume. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Wertschätzung von Arbeit sieht definitiv anders aus. Gestärkt werden die Krippen so nicht. Zudem: Am 7. Februar 2019, nach dem unsäglich schlimmen Vorfall in Sankt Gallen Anfang dieses Jahres (*mutmasslicher Fall von Kindsmisbrauch in einer Krippe*), forderte Natalie Rickli (*Regierungsrätin*), da noch im Wahlkampf, das Vier-Augen-Prinzip in allen Krippen zu jeder Zeit. Mit weniger Personal und grösseren Gruppen ist das nicht möglich. Wer hinter dieser Forderung der SVP-Regierungsrätin steht, darf das Postulat nicht annehmen.

Sind die Angestellten mit der Arbeitssituation unzufrieden, wechseln sie häufiger die Stelle oder gar die Branche. Gerade im Betreuungsbereich ist Kontinuität wichtig. Kinder brauchen auch in der familienergänzenden Betreuung feste Bezugspersonen. Zu viel Personalwechsel in der Krippe wirkt sich negativ auf die Betreuungsqualität aus, hat negative Folgen für die Krippen und schwächt sie somit massiv. Von Stärkung kann auch hier keine Rede sein. Auch darum ist dieses Postulat abzulehnen.

Aber eine Frage habe ich an die Postulanten doch noch: Sie behaupten, dass Studien – in Mehrzahl – zeigen würden, dass es keinen Zusammenhang zwischen Betreuungsverhältnis und Betreuungsqualität gebe. Ich habe mit vielen Fachpersonen gesprochen, sowohl aus Krippen selbst als auch aus der Wissenschaft an der Universität. Niemand konnte mir auch nur eine Studie nennen, die das belegt. Legen Sie bitte offen, auf welche Studien Sie sich hier beziehen, ansonsten muss ich davon ausgehen, dass diese gar nicht existieren. Im Übrigen war das Urteil sämtlicher Fachpersonen, mit denen ich gesprochen habe, zu diesem Postulat eindeutig: «Verheerend» war noch das freundlichste Wort, das gebraucht wurde, um es zu beschreiben.

Das Postulat ist abzulehnen, damit die Krippen nicht geschwächt werden – für unsere Kinder und für das Personal.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich danke Astrid Furrer für die Ausführungen, die ich noch etwas ergänzen möchte. Und vielleicht gibt es noch kleine Wiederholungen. Ich möchte hier bereits ein bisschen auf Sylvie Matter eingehen, und zwar ist ihre Argumentation genau das, weshalb noch höhere Anforderungen gestellt werden, noch weniger Personal gefunden wird, alles noch teurer wird, statt dass man den Krippen unternehmerische Freiheit gewähren würde. Aber ich nehme mal an, dass eine versteckte Botschaft darin war, und zwar: Am liebsten würde man 100 Prozent Subventionen für die Krippen erhalten.

Die Verordnung über die Bewilligungen im Bereich der ausserfamiliären Betreuung wird durch den Regierungsrat, die Krippenrichtlinien werden durch die Bildungsdirektion erlassen. Beide Erlasse berufen sich auf die Pflegekinderverordnung. Die aktuellen betrieblichen Vorgaben im Krippenbereich, obwohl 2014 ent-

schlackt, führen noch immer zu hohen Kosten für die Betreiber und die Gemeinden, die die Einhaltung der Richtlinien überprüfen müssen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) empfiehlt dem Kanton und den Gemeinden in seinem Bericht vom 29. Juni 2016, zu überprüfen, wie ihre Vorschriften optimiert und vereinfacht werden können – das heisst, Sylvie Matter, nicht noch höher hinaufzusetzen –, um Schwierigkeiten in der Praxis zu vermeiden und die Betriebskosten zu senken. Es fällt zudem auf, dass das Betreuungsverhältnis im Kanton Zürich aufgrund der Auflagen vergleichsweise hoch ist. Allerdings: Das Verhältnis zwischen Anzahl Betreuungspersonen und betreuten Kindern ist kaum ausschlaggebend für eine gute Qualität der Betreuung, sondern vielmehr die individuelle Ausbildung der Betreuungspersonen. Des Weiteren ist nicht einleuchtend, warum, auch wenn «in der Regel» zwei Räume pro Gruppe und weshalb die Fläche in Quadratmetern pro Gruppe vorgeschrieben werden. Indem die Vorgaben vermindert würden oder wirklich werden, können die Betriebskosten wieder auf ein vernünftiges Mass heruntergeschraubt werden. Tiefere Krippentarife kommen nicht nur den Eltern zugute, sondern auch den Gemeinden. Tiefere Tarife führen zu weniger Ausgaben für Subventionen, Sozialausgaben und Kontrollen. Letztere sind derart aufwendig, dass Gemeinden oft Dritte für die Kontrollen der Krippen heranziehen müssen.

Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung dieses Postulates. Danke.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Krippen sind wichtig und unverzichtbar für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Und es ist uns allen ein wichtiges Anliegen, dass die Kinder in den Krippen gut aufgehoben sind. Dennoch müssen die Anforderungen an Krippen verhältnismässig sein. Sie müssen einen echten Mehrwert in Bezug auf Qualität und Sicherheit bewirken. Es ist deshalb sehr begrüssenswert, wenn wir die Anforderungen, die jetzt vorliegen, vielleicht einmal auf ihre Verhältnismässigkeit überprüfen und dort, wo diese nicht vorliegt, eine Reduktion oder Flexibilisierung vorsehen. Entsprechend begrüssen wir dieses Postulat, denn es ermöglicht einen Abbau von unnötiger Bürokratie und wieder eine Herstellung von verhältnismässigen Hürden an Krippen und damit eine mögliche Kostensenkung. Wir werden dieses Postulat unterstützen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Im Oktober 2017 haben wir in der Folge der Verabschiedung des Kinder- und Jugendheimgesetzes bereits Anpassungen am Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) vorgenommen. Im KJHG sind auf Wunsch der Altbürgerlichen – den Begriff habe ich sehr gerne –, aber eben auch unterstützt von der GLP, die Bewilligungsvoraussetzungen für Kindertagesstätten bereits aufgeweicht worden. Vorgaben zum Betreuungsschlüssel und zur Gruppengrösse sind jetzt wenig stufengerecht gesetzlich verankert. Sie haben dannzumal also bereits eine Verminderung von Vorgaben erreicht. Natürlich wollen Sie noch mehr. Sie wollen auch die Qualifikationen, die Anforderungen an die Krippenleitung und die Anzahl und Grösse der Räume lockern. Einmal mehr jammern Sie im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung über die zu grosse Bürokratie und die zu hohen Kosten für Betreibende, für Gemeinden und für Eltern. Die Mär

von der zu vielen Bürokratie in diesem Bereich ist aber schon längst widerlegt. Auf einen Vorstoss von Rosmarie Quadranti (*Nationalrätin*) – sie ist die Präsidentin des Verbandes Kinderbetreuung Schweiz – im Nationalrat hin wurde vor einigen wenigen Jahren abgeklärt, ob diese Einrichtungen mit übermässigen bürokratischen Hürden bei der Bewilligung konfrontiert sind. Das Ergebnis, geantwortet haben notabene grossmehrheitlich private Betreibende: Es sind nicht die massgebenden verschiedenen Gesetze, sondern wenschon der Vollzug derselben in einzelnen Gemeinden, und die nur geringe Finanzierung durch die öffentliche Hand und die Wirtschaft, die eben die wahren Probleme in diesem Bereich sind. Sie monieren die zu hohen Kosten für die öffentliche Hand in unserem Kanton, namentlich natürlich für die Gemeinden. Jeder internationale Vergleich zeigt aber – so auch die kürzlich wieder publizierte UNICEF-Rangliste (*Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen*) zur Familienpolitik in den OECD-Ländern (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*), wie in der Schweiz vergleichsweise wenig in die Familienpolitik investiert wird, vergleichsweise auch wenig in die familienergänzende Kinderbetreuung. Und das, genau das ist nämlich der wahre Grund, weshalb Eltern vor allem in der Deutschschweiz verhältnismässig hohe Betreuungskosten zu bezahlen haben. Sie aber tun permanent so, als ob wir es hier mit besonders teuren Betreuungseinrichtungen zu tun hätten. Auch das, geschätzte Bürgerliche und Altbürgerliche, ist längst widerlegt. Eine Mitte 2015 veröffentlichte Studie des Bundes zeigt nämlich klar auf, dass die kaufkraftbereinigten Vollkosten von Kinderkrippen in den Kantonen Zürich und Waadt vergleichbar sind mit denjenigen im benachbarten Österreich, Frankreich und Deutschland. Und dieselbe Studie sagt auch bereits klipp und klar, dass in der Schweiz keine grossen Einsparmöglichkeiten bestehen, ohne gleichzeitig einen negativen Effekt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf die Betreuungsqualität in Kauf zu nehmen. Und genau um diese Betreuungsqualität ist es leider heute schon nicht zum Besten bestellt in unserem Land. Sie alle wissen genau, wie viel ungelerntes Personal in den Krippen heute arbeitet. Denken Sie bitte einmal an all die vor allem weiblichen Praktikantinnen, Schulabgängerinnen, die zu Hungerlöhnen in diesen Krippen arbeiten.

Sie blenden auch aus, dass Eltern sich sehr wohl um die Qualität der Einrichtungen kümmern. Und Sie blenden auch aus, dass diese Einrichtungen eben nicht nur einfach Betreuungseinrichtungen, sondern auch Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sind und damit das Fundament für den späteren Bildungserfolg der betroffenen Kinder mitlegen. Ich wäre Ihnen persönlich, ehrlich gesagt, sehr dankbar, wenn Sie all diese Fakten und Erkenntnisse endlich einmal zur Kenntnis nehmen würden.

Nun aber noch zu Ihnen, Frau Furrer. Sie sind ja die Erstunterzeichnerin. Jetzt sind Sie nicht einmal mehr hier – ah doch, dort, entschuldigen Sie. Sie sind ja gleichzeitig auch noch Präsidentin der Sozialkonferenz des Kantons Zürich. Und genau diese Konferenz hat vor kurzem ja auch an der Vernehmlassung zum Entwurf der neuen Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten teilgenommen. Das ist die Verordnung, in welcher Sie all das, was Sie hier mit Ihrem Postulat fordern, ab dem 1. Januar 2020 geregelt werden soll. Ich habe mir diese

Stellungnahme der Sozialkonferenz sehr genau angeschaut. Von der Dumpingstrategie, wie Sie sie mit diesem Postulat hier fahren wollen, ist in dieser Stellungnahme überhaupt nichts zu finden, im Gegenteil: Das ist eine absolut vernünftige Stellungnahme, die die Sozialkonferenz abgegeben hat. Aber hier als FDP-Vertreterin fordern Sie genau das Gegenteil.

Wir – Sie hören es – werden dieses Postulat selbstverständlich ablehnen. Die Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder im Vorschulalter muss uns definitiv mehr wert sein als was Sie uns hier vorgaukeln. Bei den ohnehin schon mittelmässigen Qualifikationen der Betreuungspersonen noch weitere Abstriche zu machen, das geht für uns gar nicht.

Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen): Die CVP unterstützt dieses Postulat zur Stärkung der Krippen. Die Empfehlung vom BSV macht deutlich, dass noch viel Potenzial ausgeschöpft werden kann, um die Betriebskosten auf ein vernünftiges Mass herunterzubringen. Es macht sicher Sinn, die einzelnen Kriterien zur Bewilligung von Krippen zu überprüfen und dort, wo es möglich ist und das Wohl der Kinder nicht beeinträchtigt wird, Vereinfachungen zu machen. Mit weniger Vorschriften können die Krippen erschwinglicher gemacht werden, wovon die Familien profitieren, und gleichzeitig wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Dieses Postulat will eine weitere Lockerung der Bestimmungen für Kinderkrippen. Die EVP hat schon bei der KJHG-Debatte 2017 die Lockerung der Bestimmungen für Kinderkrippen bekämpft, leider erfolglos, weil wir der Überzeugung waren, dass die Deregulierung dem Kindwohl schadet. Der vorliegende Vorstoss verrät schnell, dass er auf tiefere Kosten abzielt – auf Kosten der Kinder: Krippenleitungen ohne Ausbildung sollen eingesetzt werden können, die Anzahl der Kinder pro Betreuungsperson soll erhöht werden, die Mindestgrösse der Räume respektive der Flächenbedarf pro Kind soll aufgehoben werden und so weiter. Offenbar sind die Postulanten allen Ernstes der Meinung, Kinder sollten in ungeeigneten Räumen und in Billig-Krippen ohne Mindeststandards betreut werden dürfen.

Für die EVP jedoch hat auch weiterhin das Kindwohl erste Priorität. Wir unterstützen dieses Postulat deshalb nicht.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird dieses Postulat nicht überweisen. Es scheint uns, dass die Postulantinnen von Kindertagesstätten und Krippen die Vorstellung haben, dass jeder Mann und jede Frau und ohne pädagogische Ausbildung eine solche Einrichtung führen können. Geschätzte Damen und Herren von der bürgerlichen Seite, Sie können schon von unternehmerischer Freiheit sprechen – das KJHG haben Sie ja schon aufgeweicht, das wird ja dann noch kommen –, aber Kindertagesstätten und Krippen sind keine Aufbewahrungsorte für Kinder, sondern pädagogisch wertvolle Einrichtungen, die zu unserem Bildungssystem gehören. Und damit hat also wirklich unternehmerische Freiheit

nicht zu tun, denn Sie übergeben die Kinder der Verantwortung von Krippenleiterinnen und Krippenleitern, da haben Sie wirklich eine grosse gesellschaftliche Verantwortung. Unserer Meinung nach sollten die Kriterien für das Führen von Kindertagesstätten und Krippen eher verschärft als geschwächt werden. Bestehende Einrichtungen sollten zudem viel mehr kontrolliert werden, ob sie die minimalen Vorgaben des Kantons überhaupt einhalten.

Meret Schneider (Grüne, Uster): Zuerst muss ich etwas vorausschicken: Nach meinem letzten Votum wurde die Menge Stoff an mir im Zusammenhang mit meinen Hosen kritisiert. Ich hoffe, dass ich heute den Wünschen des Herrn Amrein entspreche (*die Votantin nimmt Bezug auf eine persönliche Erklärung von Hans-Peter Amrein in der 9. Rats Sitzung vom 24. Juni 2019*), ansonsten sind modische Tipps der SVP jederzeit willkommen. Das wäre nämlich auch wirklich noch ausbaufähig – bis hin zur Burka. Aber wir wissen: Die Menge Stoff an der Frau, das ist bei der SVP bekanntlich ein schmaler Grat.

Nun aber zur Sache: In der Zeitung «Der Bund» war am letzten Freitag zu lesen «Kita-Betreuung schadet den Kindern nicht». Dies war dem Bund eine ganze Schlagzeile wert. Absurd, dass dieser Fakt eine Schlagzeile wert ist. Dies zeigt aber doch, dass in gewissen Kreisen eine grosse Skepsis in Bezug auf Fremdbetreuung herrscht. Ebenfalls in diesem Artikel wurde geschrieben, dass es essenziell ist, dass die Krippen tatsächlich zur sozialen und persönlichen Entwicklung der Kinder beitragen, dass die Qualitätsstandards hoch sind und auch hoch gesetzt werden. Dass jetzt ausgerechnet aus jenen Kreisen, die primär mit Skepsis in Bezug auf Fremdbetreuung und mit traditionellen Familienmodellen glänzen, ein Vorstoss kommt, der die Qualitätsanforderungen der Krippen lockern will und sogar die Qualität eher herunterfahren will, mutet an wie ein relativ zynisches «Quod erat demonstrandum» (*was zu beweisen war*). Müssten nicht genau diese Kreise ein grosses Interesse daran haben, möglichst hohe Qualität der Krippen sicherzustellen? Aber ich muss nicht alles verstehen.

Der FDP möchte ich hier noch auf den Weg geben, dass Bildung definitiv der falsche Ort ist für unternehmerische Freiheit, so sehr ich sonst auch dafür zu haben bin.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich): Gerne möchte ich zu diesem Geschäft meine Interessenbindung darlegen: Ich leite in der Gemeinde Langnau am Albis die ausserfamiliäre und schulergänzende Betreuung, zu der unter anderem die Subventionsabrechnungen der Krippen gehören. Dieses Postulat mit dem Titel «Krippen stärken statt schwächen» ist irreführend und nicht nachhaltig. Nachhaltigkeit ist das ökologische, ökonomische und soziale Gleichgewicht, und mit dieser Forderung schwankt das Gleichgewicht und wird einseitig. Mit dieser Forderung werden Krippen geschwächt und nicht gestärkt. Mit einer Lockerung der Anforderungen für die Krippenbewilligung kann man die Luxuslösung, wie die FDP in ihrer Begründung schreibt, nicht zu einer Lösung für Normalverdienende verändern, im Gegenteil: Durch eine Lockerung werden Schlupflöcher geschaffen, die nicht mehr überschaubar sind. Es können allenfalls Betriebe, Krippen und

Institutionen aus dem Boden wachsen, die alles andere als nachhaltig wirtschaften. Und schlussendlich könnte es eine Zweiklassengesellschaft geben: Die Gutverdienenden, die es sich leisten können, wählen die Krippe, welche die Anforderungen und Richtlinien weiterhin erfüllt, und die Eltern, die es sich nicht leisten können, müssen sich mit den Krippen begnügen, die die Anforderungen nicht erfüllen können. Dies ist sicherlich nicht im Sinne der Eltern und sicherlich nicht im Sinn der Gemeinden.

Die Richtlinien und Anforderungen sind nötig, verständlich und nachhaltig und werden auch der individuellen Gestaltung einer Krippe gerecht; gerecht für die Eltern und schlussendlich auch für die Kinder. Durch diese Vorgaben und Richtlinien haben die Krippen eine nachhaltige Berechtigung, das Gleichgewicht, sind in der Balance. Alle Krippen haben die gleichen Vorgaben und es spielt kein Wettbewerb im Bereich der Anforderungen. Ein Wettbewerb zwischen den Institutionen ist normal und gut, aber ein Wettbewerb bei den Anforderungen und Richtlinien ist kontraproduktiv.

Ja, die Krippen stärken statt schwächen ist auch ein Credo von mir. Aber mit diesem Postulat würde genau das Gegenteil passieren: Die Krippen würden geschwächt. Daher werden wir dieses Postulat sicher nicht unterstützen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Als ich den Text dieses Postulates gelesen habe, habe ich mich wirklich gewundert. Man kann ja durchaus politisch der Auffassung sein, dass man sagt: Ja, ich möchte ein bisschen Entschlackung, ich möchte die Bürokratie abbauen, wie es immer wieder heisst. Das ist eine politische Haltung, sie ist uns tagtäglich von der anderen Seite her vertraut. Nur lese ich in diesem Text kein einziges Wort über die Bildungsqualität, über die Betreuungsqualität in den Krippen. Das ist Ihnen offenbar egal. Sie schreiben lediglich, dass die Regulierungskosten verkleinert werden sollen, dass die unternehmerischen Freiheiten gestärkt werden sollen, und – last but not least, ich finde es den Gipfel –, dass die Voraussetzungen für die Bewilligung auf das Minimum – man muss sich das auf der Zunge mal zergehen lassen –, auf das Minimum reduziert werden sollen. Ich hätte erwartet, dass man immerhin schreibt «bei möglichst gleicher Betreuungsqualität». Aber Sie wissen offenbar, dass das nicht so ist, deshalb haben Sie es auch nicht geschrieben, weil es nicht möglich ist. Man muss also annehmen, dass dieser Vorstoss ein Qualitäts-Dumping-Vorstoss ist. Er führt zum Qualitäts-Dumping in den Kinderkrippen mit dem falschen Vorzeichen des Wettbewerbs. Denn im Krippenbereich sind wir noch lange nicht dort, wo man von einem Wettbewerb sprechen kann, solange das Angebot derart viel niedriger ist als die Nachfrage.

Für uns Grüne ist es wichtig, dass wir ein Optimum bei den Krippen anstreben, das heisst nicht das Minimum an Voraussetzungen für die Bewilligung, sondern das Optimum für die Betreuung; und das heisst auch nicht das Maximum, damit man das unterscheiden kann. Auf dem Minimum in den Krippen sind die Betriebskosten heute ohnehin schon, auf dem Minimum sind die Löhne in den Krippen. Sie müssen sich mal die Löhne der Angestellten und der Auszubildenden dort einfach mal anschauen; ich habe es gemacht.

Die GLP spricht einfach pauschal von einem Abbau von Bürokratie, den sie wünscht. Und ich muss Sie halt wirklich fragen: Ist es Bürokratie, wenn man festlegt, dass eine Krippe zwei Räume haben muss? Warum braucht es zwei Räume? Weil es in einer Krippe immer Kinder gibt, die schlafen, und andere, die gleichzeitig wach sind. Wie soll ein Kind schlafen, wenn andere nebenan laut spielen? Deshalb braucht man zwei Räume, also ist die Regulierung mit den Räumen, die Sie hier abbauen wollen, völlig fehl am Platz. Kennen Sie Schulräume, in denen nicht festgelegt ist, wie viele Quadratmeter es für eine Klasse braucht? In Krippen soll das offenbar nicht so sein: In Krippen gibt es Kinder, die mit wenig Raum auskommen können, und Gutbetuchte kommen vielleicht mit viel Raum aus. Auch hier verstehe ich überhaupt nicht, dass man in einem solchen Zusammenhang von Abbau von Bürokratie reden kann. Es geht dann so weiter, ich muss Ihnen nicht mehr alles ausführen. Diese Regelungen sind sinnvoll, diese Regelungen haben einen Zweck. Sie haben den Zweck, die Qualität der Betreuung zu garantieren.

Mit dieser Vorlage schaffen wir hingegen ein Qualitäts-Dumping in den Krippen, und ich bitte Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen. Es ist nicht zielführend, was die Betreuung unserer Kleinkinder im Kanton Zürich betrifft.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): Dieses Votum habe ich eigentlich nicht vorbereitet, aber aufgrund der Diskussion möchte ich jetzt doch etwas sagen: Es geht hier um ein Postulat und nicht um ein neues Gesetz. Es soll lediglich geprüft werden, ob es nicht mit weniger Vorschriften vielleicht sogar etwas besser funktionieren würde in den Krippen und mehr Zeit für die eigentliche wichtige Aufgabe, nämlich die Betreuung der Kinder, übrigbleibt. Was ist falsch daran zu prüfen, ob es unsinnige Vorschriften für Krippen gibt? In der Stadt Zürich gibt es beispielsweise die Auflage für geschlechtergetrennte WCs bereits für siebenjährige Kinder, was ich, ehrlich gesagt, etwas absurd finde und was ich auch ein gutes Beispiel dafür finde, dass es sich lohnt, Vorschriften zu überprüfen. Es geht nicht um einen Qualitätsabbau, sondern um den Abbau von unnötigen Vorschriften.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin auch etwas erstaunt über die Angriffe von der Gegenseite. Es geht überhaupt nicht um Qualitätsabbau. Es geht um Innovationen, und ich mache Ihnen gleich ein Beispiel:

Wie Sie wissen, bin ich Landwirt und habe eigentlich wenig Kontakt mit Kinderkrippen. Aber meine Nachbarin auf dem Bauernhof wollte und betreibt eine solche Kinderkrippe. Sie können sich nicht vorstellen, was für Vorschriften sie erfüllen musste. Jetzt möchte sie eine Waldkinderkrippe machen. Das ist fast nicht möglich, das zu bewilligen. Und geschätzte Kolleginnen, wollen Sie das wirklich? Das hat doch nichts mit Qualitätsabbau zu tun, sondern es geht um Innovationen. Es ist ja freiwillig, wer die Kinder dorthin bringt. Wir haben ja keinen Zwang. Sie können die Kinder ja dorthin bringen, wo Sie wollen. Dann schaffen Sie noch ein Label, wer welche Auszeichnung hat. Das ist ja alles Ihnen überlassen, aber un-

terstützen Sie doch auch neue Möglichkeiten, Innovationen auch in kleinen, gerade auch in ländlichen Gemeinden, damit auch Private in die Kinderbetreuung einsteigen können.

Unterstützen Sie dieses Postulat, es ist für Innovationen in diesem Bereich.

Rafael Steiner (SP, Winterthur): Ich war schon etwas schockiert, als ich dieses Postulat las. Sie schreiben in einem Postulat, das Betreuungsverhältnis spiele keine Rolle, sondern auf die Ausbildung käme es an, da gebe es Studien. Diese Studien wurden verlangt, aber bisher habe ich noch nichts gehört, wo man diese Studien findet. Zwei Sätze später steht dann aber, es sei unnötig, dass die Krippenleitung eine Ausbildung habe. Das heisst, man kann dann sowohl das Betreuungsverhältnis reduzieren wie auch die Ausbildung. Sie fordern Wettbewerb. Ich habe nichts gegen Wettbewerb, ich bin selber im Wettbewerb tätig. Aber wir kaufen hier kein Toilettenpapier oder Teigwaren im Supermarkt – da merkt man es schnell, wenn einem die Qualität nicht ausreicht –, sondern es geht um Kinderkrippen und um die Betreuung unserer Kinder. Es braucht einen guten Mindeststandard. Natürlich kann man dann noch mehr machen. Man kann den Standard noch erhöhen. Dort kann man durchaus einen Wettbewerb haben, aber den sinnvollen Mindeststandard, den braucht es. Und dieser Standard ist jetzt nicht so wahnsinnig hoch, auch wenn man das mit dem Ausland vergleicht. Inzwischen sind die Löhne eh schon nicht besonders hoch und auch der Betreuungsstandard ist nicht wahnsinnig hoch, es sind nicht dauernd irgendwie 15 Leute um die Kinder. Es ist schon interessant: Früher haben Sie einmal bauliche Vorschriften kritisiert und gesagt, das sei das Problem der Krippen. Nun gehen Sie aufs Ganze, nun geht es wirklich um die Betreuung.

Frau Balmer, Sie sagen, es gehe nicht um Abbau. Sie fordern das Minimum an Vorschriften. Wie kann man mit dem Minimum nicht abbauen? Normalerweise muss man, wenn man aufs Minimum reduziert, irgendwo sparen, und das ist in der Regel bei der Qualität. Das Günstigste ist normalerweise nicht das Beste.

Und dass die CVP und die GLP so etwas unterstützen, schockiert mich schon. Offenbar ist die CVP die Familienpartei für die gutverdienenden Familien – das weiss ich zwar schon lange, aber das wird hier wieder einmal schön klar – und bei der GLP ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie offenbar für ärmere Familien nicht so wichtig, da spielt es keine Rolle.

Das Ziel ist klar: Es soll Billig-Krippen für die Wenigverdienenden geben, die werden dann auch subventioniert und das ist toll. So können oder müssen diejenigen mit wenig Einkommen ihre Kinder dorthin schicken. Und, meine Damen und Herren, es gebe keinen Zwang? Sie glauben es nicht, aber es gibt Leute, die haben einen Zwang, dass beide Elternteile arbeiten gehen müssen, sonst reicht es nicht. Da kann man dann nicht wählen: Will ich jetzt das Kind in diese schlechte Krippe schicken oder will ich das nicht? Ein anderes Ziel könnte sein, dass die gutbetuchten Kinder doch bitte alleine in den guten Krippen sind, damit sie sich nicht mit armen Kindern abgeben müssen. Es geht darum, auf Kosten von ganz kleinen Kindern zu sparen, das kommt auf Dauer teuer. Wenn man so schlechte Betreuung hat, dann steigen in der Zukunft die Sozialkosten. Es ist bewiesen, dass

in den ersten Jahren die Entwicklung der Kinder entscheidend ist. Wenn man hier bei der Betreuung spart, kommt das längerfristig teurer. Und dann sind Sie wieder überrascht, wenn die Sozialkosten steigen und drehen dort an der Schraube. Dieses Postulat schafft nur Verlierer, bitte lehnen Sie es ab.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): In der Gemeinde Niederglatt konnte ich selber erleben, was letztendlich zur Qualität von Kinderkrippen beiträgt, und das ist der Wettbewerb. Ich habe erlebt, wie in unserer Gemeinde nur eine Kita existierte und wie dann die Qualität angestiegen ist, als eine zweite und eine dritte Kita eröffnet wurden, unter denselben Vorgaben, unter derselben Gesetzgebung. Also grundsätzlich glaube ich – und erlauben Sie mir das bitte – mehr an den freien Markt und den Wettbewerb als an staatliche Vorgaben. Insofern ist mir auch Ihr Votum, Frau Fehr Thoma, etwas schräg reingekommen. Ich finde Ihre Geisteshaltung, wonach ausschliesslich der Staat Qualität gewährleisten kann, doch etwas gar altbürgerlich. Und insofern appelliere ich an Sie, diese Ratsseite, unsere Seite, nicht altbürgerlich, sondern eher gutbürgerlich zu nennen. Das würde eher passen. Dann zu Rafael Steiner: Sie haben hier ja ebenfalls das Qualitätsproblem angesprochen. Sie haben dargelegt, dass man das merkt, wenn eine Packung Spaghetti schlecht ist. Herr Steiner, wenn Eltern ein Kind in eine Institution abgeben, vorher diese Institution nicht betrachten, mit den Angestellten vorher nicht sprechen, wenn sie sich keine Zeit nehmen, um am Abend mit dem Kind zu sprechen und zu spüren, wie es dem Kind geht, dann sind es keine guten Eltern und brauchen auch keine Kinder zu haben. Also insofern finde ich den Vorschlag vermessen.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Zuerst eine kleine Vorbemerkung an Frau Meret Schneider: In diesem hohen Haus ist es Usus, dass man zum Thema spricht. Ich bitte Sie, sich auch daran zu halten, dass man sein Votum nicht für persönliche Kommentare missbraucht. Zweitens: Ihre Kleidung ist uns ziemlich egal. Jetzt zum Thema: Ich bin schon etwas schockiert, mit was für einem Furor die linke Seite diesen Vorstoss angreift. Sie reden ja die ganze Zeit davon, dass Kinder extern betreut werden können müssen, also sollte es doch bitte sehr auch etwas günstiger sein. Es kann doch nicht sein, dass Leute, wenn sie das Kind zwei Tage in die Krippe geben, den gesamten Lohn, den sie in diesen zwei Tagen verdienen, dann der Krippe geben müssen. Es muss doch unser aller Anliegen sein, dass Kinderbetreuung günstiger wird. Fragen Sie doch mal jemanden aus der Immobilienbranche, der Flächen zu vergeben hat, wie viele Leute sich dafür interessieren, eine Krippe aufzumachen, und dann erschreckt von diesem Plan wieder absehen, wenn sie sehen, welche Auflagen sie erfüllen müssen. Das ist zum Teil absurd. Ich habe zu diesem Thema an der Universität Bern vor einigen Jahren eine Masterarbeit geschrieben. Ich habe sie aus Anlass dieser Debatte nochmals kurz hervorgenommen und einige Fragen, die ich darin gestellt hatte, angeschaut, da ging es eben um die administrative Belastung in Kinderkrippen. Ich muss vielleicht noch ausholen, ich habe da die Kinderkrippenbetreiber gefragt, was sie von diesen Regeln halten. Zugegeben, viele Regeln werden als sinnvoll erachtet, aber es gab dann doch auch Regeln, die man auch bei den Kinderkrippenbetreuern einfach als

absurd ansieht, zum Beispiel Fragen des Lärmschutzes. Da waren über 50 Prozent der Meinung, das sei viel zu streng, da müsse man viel zu viel investieren, um diese Regeln einhalten zu können. Dann – es wurde von Kollegin Balmer angesprochen – die separaten Toiletten: Excusez, siebenjährige Kinder müssen jetzt nicht unbedingt geschlechtergetrennte Toiletten haben. Es gibt auch die Vorschrift, dass das Personal separate Toiletten haben muss. Ich weiss nicht. Wenn man das nicht so handhaben würde, wären die Kinder bei bestem Willen nicht schlechter betreut, als sie es heute sind. Und dann vielleicht noch eine Regel, die ich herauspicken möchte: Es gibt die Regel, dass man auf der Toilette Handtücher zum Einmalgebrauch haben muss. Man darf also nicht ein «Tüechli» hinhängen, mit dem man sich dann die Hände abtrocknen kann. Ich denke, gerade die Grünen sollten solch dumme Vorschriften eigentlich ablehnen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Christa Stünzi (GLP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Mit Interesse nehme ich wahr, wie ideologisch heute die Diskussion geführt wird. Es geht hier um eine Überprüfung der bestehenden Anforderungen, und dann eine Anpassung jener Anforderungen, die eben übers Ziel hinausgeschossen sind. Mehr Regulierungen sind nicht immer ein Garant für besseren Schutz des Kindeswohls. Vielleicht müsste man auch einmal darüber diskutieren, wie man diese Anforderungen dann auch effektiv in der Praxis überprüfen kann. Dies ist heute leider oft nicht der Fall. Nur noch eine kurze Bemerkung zur Frage wegen der zwei Räume: Zwei Räume sind sicherlich nicht schlecht, aber auch in einem Raum kann man mit modernen und guten Raumkonzepten gut arbeiten. Weshalb soll hier nicht eine Flexibilisierung möglich sein und somit auch in grossen Räumen eine Kinderkrippe ermöglicht werden? Vielen Dank.

Corina Gredig (GLP, Zürich): Wer für die familienergänzende Kinderbetreuung ist, der arbeitet überall an Verbesserungen. Wie meine Vorrednerin Bettina Balmer bereits gesagt hat, handelt es sich hier um eine Überprüfung von Vorschriften. Das kann man machen, es wird aber die Kostensituation für Eltern nicht massgeblich verändern. In den nächsten Jahren werden der Schweiz aufgrund der Pensionierung der Babyboomer-Jahrgänge mehrere hunderttausend Fachkräfte fehlen. Studien haben gezeigt, dass die hohen Kinderbetreuungskosten in der Schweiz Eltern davon abhalten, ihr Arbeitspensum zu erhöhen oder im Beruf tätig zu bleiben. Die Kosten im Kanton Zürich sind dabei die höchsten in der ganzen Schweiz. Wir werden entsprechend nächstens Vorstösse einreichen, um die gesetzliche Grundlage für eine kantonale Beteiligung an der familienergänzenden Kinderbetreuung entsprechend zu erweitern. Denn es ist Zeit, dass der Kanton Zürich familienpolitisch im 21. Jahrhundert ankommt.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, man kann sich ja doch immer wieder wundern, das strotzt ja nur vor Misstrauen gegenüber den Krippen, vor Misstrauen, dass man

ohne gewisse Regulierungen am Kindeswohl nicht interessiert sei. Also ich finde diese Haltung ja schon sehr seltsam.

Aber jetzt doch noch zum Argument der zwei Räume pro Gruppe: Das hält an einem alten Bild einer Krippe fest, die innovative Konzepte verneint. Heutzutage spricht man von Themenräumen. Da befinden sich die verschiedenen Gruppen in verschiedenen Altersklassen zum Beispiel in demselben Themenraum, haben dann aber auch noch einen anderen Raum, aber das ist ein gemeinsamer Raum. Da braucht es nicht mehr pro Gruppe zwei fix zugeteilte Räume. Solche kleinen Vorgaben verhindern die Innovation, an der wir doch alle interessiert sein sollten. Dann nehme ich natürlich gerne noch Stellung zu den Studien, von denen bestritten wird, dass sie überhaupt existieren. Das Postulat von Rosmarie Quadranti wurde erwähnt. Der Bundesrat, das Bundesamt für Sozialversicherungen hat dann darauf geantwortet und eine Studie gemacht. Sie sagt, ich zitiere: «In der Praxis können einzelne Vorschriften Schwierigkeiten bereiten. So können hohe Kosten entstehen, wenn die gewählten Räumlichkeiten umgebaut werden müssen» und so weiter und so fort. «Eine der Hauptschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Eröffnung einer neuen Einrichtung sind auch die breiten Kenntnisse, die in sehr unterschiedlichen Bereichen erforderlich sind.» Dann weiter: «Der Bundesrat empfiehlt daher den Kantonen und Gemeinden zu überprüfen, wie ihre eigenen Vorschriften optimiert und vereinfacht werden können.» Das ist genau das, was das Postulat hier fordert. Und dann gibt es noch die Studie – es ist halt eine internationale Studie, man muss ein bisschen über die Nasenspitze hinausdenken und sich nur im Kanton Zürich bewegen –, die hat Betreuungsschlüssel und so weiter in verschiedenen Ländern untersucht. Sie hat sich zum Betreuungsschlüssel geäußert. Natürlich gibt es irgendwo eine Grenze, eine Person kann nicht 20 Vierjährige betreuen, das ist ja klar, davon spricht auch gar niemand, es gibt irgendwo eine Grenze. Aber muss es denn eins zu sechs sein wie im Kanton Zürich? Denn in anderen Ländern betreut eine Person mehr Kinder. Ich sage ja gar nicht, dass das Vier-Augen-Prinzip nicht mehr gelten soll, das ist ein sehr wichtiges Prinzip. Es muss immer eine zweite Person auch vor Ort sein. Es kann ja einmal ein Notfall passieren. Man muss zu einem Kind rennen, dann darf die Gruppe selbstverständlich nicht allein sein, und so weiter und so fort.

Dann also von Qualitätsabbau oder Sicherheitsmängeln zu reden, ist schon sehr hanebüchen. Die Studie heisst «Versagen in der staatlichen Krippenförderung».

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal: Ich bin schon etwas erstaunt, wie schnell die linke Seite schockiert ist (*Heiterkeit*). Ein Hinweis zu den Löhnen: In Krippen beziehungsweise Kitas werden teilweise mehrere Praktikanten und Praktikantinnen angestellt beziehungsweise aufgenommen, mit dem Versprechen, dass sie dann später eine Lehrstelle erhalten. Höchst günstig, denn sie bekommen sie dann nicht. Da macht ihr nichts (*Protestrufe von der linken Ratseite*). Die meisten Kosten schlucken die administrativen Auflagen, und so bleibt dann weniger für die Löhne. Da seid ihr doch völlig im Widerspruch. Jetzt bin ich schockiert.

Thomas Forrer, Entschlackung heisst noch lange nicht, dass die Qualität gesenkt wird, sondern die administrativen Auflagen auf ein Minimum gesenkt werden. Der Unterschied zu links: Ihr möchtet eine Maximalisierung der Auflagen, damit werden die Kosten massiv erhöht. Wir möchten das Gegenteil, eine Minimalisierung. Für die Ausbildung und Qualitätssicherung der Betreuungspersonen ist die Bildungsdirektion zuständig. Ihr redet hier etwas herbei, das gar nicht thematisiert wird. Ihr wollt nur die Maximalisierung der Auflagen.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, Rochus Burtscher, es geht tatsächlich um die Personalkosten. Die Personalkosten sind das Teuerste in einer Kinderkrippe. Aber ihr verlangt in eurem Postulat ganz klar, dass das Betreuungsverhältnis zusammengestrichen wird, dass also weniger Betreuungspersonen angestellt werden und dass sie auch keine pädagogische Ausbildung haben müssen. Betreuungseinrichtungen wie Krippen und Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen im Frühbereich. Also das ist etwas sehr, sehr Wichtiges. Die Kinder machen dort ihre ersten Erfahrungen, erhalten auch ihre erste Bildung im ausserfamiliären Bereich. Das ist ein absolut zentraler Punkt. Es geht hier um Qualität. Und diese Qualität soll uns auch etwas kosten. Aber Sie vermischen hier alles. Und Sie sagen ganz klar: Es geht auch um Qualitätsabbau beim Personal. Du hast es vorhin gesagt, Rochus: Ja, es werden in diesen Kinderkrippen zu viele Praktikantinnen eingestellt, das ist ein Riesenproblem, und diese erhalten nachher keine Lehrstelle. Sie werden so angestellt, dass sie nachher eine Lehrstelle erhalten werden, aber sie erhalten diese nicht. Und das ist eigentlich skandalös. Da, finden wir, braucht es wirklich Kontrollen, damit das nicht mehr stattfinden kann und die Praktikantinnen nicht mehr im Betreuungsschlüssel drin sind. Und wenn Sie sagen, man könne die Kinder in einem Raum betreuen, dann gehen Sie nicht von den Bedürfnissen der Kinder aus. Die Kinder haben Bedürfnisse. Die wollen vielleicht auch einmal einen ruhigen Ort haben, wo sie sich von den anderen zurückziehen können. Darum sind diese zwei Räume ganz wichtig. Es ist ganz banal, es ist wirklich banal. Aber Sie interessiert gar nicht, was die Kinder für Bedürfnisse haben. Sie schwatzen da von Ihren blöden wirtschaftlichen Freiheiten und Unternehmertum und Innovation, aber darum geht es nicht. Sie wollen einfach nur massiv einsparen.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Wir sind uns alle einig, dass das Wohl der Kinder am wichtigsten ist. Ich kenne Personen, die eine Krippe eröffnen wollten und an den hohen Auflagen gescheitert sind. Wir wollen Innovation fördern. Und zu diesem Argument, Frau Stofer, dass unbedingt zwei Räume bestehen müssen, da bin ich anderer Meinung: Man kann einen grossen Raum auch unterteilen, zum Beispiel Ruheecken einrichten, wie das auch im Kindergarten gemacht wird. Und wie gesagt, für die Qualität ist entscheidend, dass wir gutausgebildete Personen haben. Wir möchten die Eltern finanziell entlasten, das sollte eigentlich auch das Anliegen der Linken sein, und Krippen sind in der Schweiz mit Abstand am teuersten, das wissen wir alle. Mit weniger Bürokratie können wir diese Kosten senken?

Ich bitte darum, das Postulat zu unterstützen.

Monika Wicki (SP, Zürich): Ich will ja nicht unnötig verlängern, dennoch muss einfach gesagt werden, dass die SP tatsächlich einiges unternommen hat, um dem Missbrauch des Praktikantenwesens in der Kinderkrippe entgegenzuwirken. Wir haben zum Beispiel Anfragen gestellt, aber auch zwei Postulate (*KR-Nrn. 269/2018 und 270/2018*) eingereicht, die den Fehlanreiz für übermässiges Praktikantenwesen in den Betreuungseinrichtungen abschaffen wollen. Zwei Postulate sind unterwegs. Ich bin sehr froh, dass die SVP diese dann auch unterstützen wird, das freut mich doch sehr.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich wollte auch kurz auf das letzte Votum von Rochus Burtscher eingehen. Monika Wicki hat es gesagt, wir haben ein Postulat eingereicht, wie man die Fehlanreize beim übermässigen Praktikantenwesen abschaffen kann. Wir fordern nicht einmal ein vollständiges Verbot des Praktikantenwesens, sondern es geht nur darum, diese Fehlanreize abzuschaffen. Ich mag mich noch gut erinnern: Wir haben euch angefragt, ob ihr dieses Postulat unterzeichnen wollt. Die SVP hat abgelehnt. Also ich denke, der Vorwurf an die Linken, dass wir hier keinen Handlungsbedarf sehen, der kann so nicht stehengelassen werden. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Zunächst ist festzuhalten, dass die Bewilligungsvoraussetzungen für Krippen gegenüber den heute geltenden Krippenrichtlinien schon durch die vom Kantonsrat am 27. November 2017 geänderten Bestimmungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz, dem KJHG, gelockert wurden. Sie erinnern sich sicher lebhaft an diese Debatte, und ich erinnere mich sehr gut an die Auseinandersetzung in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*), wo man sich dann auf diese Lösung geeinigt hat und die Lockerung auch im Gesetz haben wollte. Zukünftig wird zum Beispiel nur eine Krippenbewilligung brauchen, wer mindestens sieben Plätze und einen Betreuungsdienst während mindestens 25 Stunden pro Woche anbietet. Gemäss den bisherigen Krippenrichtlinien braucht es schon eine Bewilligung bei sechs Plätzen und einer Öffnungszeit von mindestens 20 Stunden. Die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen des KJHG erfolgt über die Verordnung über Tagesfamilien und Kindertagesstätten, welche die bisherigen Krippenrichtlinien ablösen soll. Zu Beginn des Jahres wurde darüber eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassungsvorlage enthielt auch verschiedene weitere Lockerungen, wie zum Beispiel: Neu sollen 5 Quadratmeter pro Platz statt 5,5 Quadratmeter pro Platz genügen. Wird ein Platz stets nur mit Kindern unter 18 Monaten belegt, sollen neu auch 3 Quadratmeter genügen. Auf das Erfordernis von Fachwissen in Betriebsführung für die Krippenleitung wurde verzichtet.

Die Vernehmlassung wurde inzwischen ausgewertet. Ohne hier auf die Einzelheiten eingehen zu können, wurden – nicht ganz überraschend, Sie haben das heute in dieser Debatte auch so gezeigt – auf der einen Seite weitergehende Lockerun-

gen gefordert und auf der anderen Seite die vorgeschlagenen Lockerungen abgelehnt. Die Verordnung wird zurzeit auf Direktionsstufe überarbeitet, und wir gehen davon aus, dass der Regierungsrat die neue Verordnung im Frühjahr 2020 beschliessen wird.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 101 : 69 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 282/2016 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.